

Koordinierungsrat: In den Bundesländern fehlen muslimische Räte

Stuttgart (epd). Die Bildung muslimischer Räte auf Länderebene hat der Vorsitzende des Koordinierungsrats der Vereinigungen des christlich-islamischen Dialogs in Deutschland (KCID), Murat Aslanoglu, gefordert. Die Politik müsse dabei eine aktive Rolle spielen, sagte Aslanoglu im Gespräch mit dem Evangelischen Pressedienst (epd).

Im Blick auf die bisher gescheiterte Einführung von islamischem Religionsunterricht in Baden-Württemberg kritisierte der in Korb (Kreis Waiblingen) lebende KCID-Chef die Landesregierung: "Es ist bequem zu sagen, dass es keinen einheitlichen Ansprechpartner gibt." Die Politik dürfe sich nicht aus der Verantwortung stellen.

Der aus der Türkei stammende Aslanoglu forderte von den Politikern mehr Verbindlichkeit und mehr Vorgaben. Aslanoglu begründet dies unter anderem mit der von ihm kritisch bewerteten Uneinigkeit unter den Muslimen: "Wenn man die muslimischen Organisationen sich selbst überlässt, kommt gar nichts dabei heraus."

Der KCID-Vorsitzende kritisierte am Rande einer Tagung an der katholischen Akademie in Stuttgart-Hohenheim auch das baden-württembergische Kopftuchgesetz. Es erhöhe den Druck auf muslimische Frauen mit Kopftuch enorm. Ohnehin würden sie als Fremdkörper in der Gesellschaft angesehen angesichts des sich verschlechternden Klimas Muslimen gegenüber, in dem Muslime zunehmend ausgegrenzt und als Sicherheitsproblem wahrgenommen würden.

Man könne nicht fordern, dass jemand seine Identität aufgebe, betonte Aslanoglu. Viele Frauen würden das Kopftuch aus Tradition tragen. Außerdem würden gerade die Frauen von dem Verbot betroffen, die sich in die Gesellschaft einbringen und sich engagieren wollen. (1283/10.11.04)